

Aufwärts

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechs Mal. — Preis monatlich 1.25 und
0.25 Beleggebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Preis
Ausland unter Streifenband 1.35 (inkl. Postgeb.). Preis der
Eingelieferung 10 Pf. Postfach 10 Hannover 67 377.

Anzeigenpreis:
Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig.
Werbung 30 Pf. Beilagen unter 25 a je tausend 15 Pf.
Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postfach
10 Hannover 67 377.

Nr. 259.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Donnerstag, den 5. November 1931.

13. Jahrgang.

Dein wahrer Freund ist nicht, wer Dir den Spiegel hält
Der Schmeichelei, worin Dein Bild Dir selbst gefällt,
Dein wahrer Freund ist, wer Dich sehen läßt die Flecken
Und sie Dir tilgen hilft, eh' Feinde sie entdecken.

Rückert

Umschau.

— 30 Milliarden Auslandsschuld. — Das Stillhalte-
problem. — Vor einem zweiten Versailles? — Vernunft
wider Unvernunft! — Tschechisch-österreichische Zoll-
union? — Konservativer Wahlsieg in England. —

Der Bericht des Baseler Sachverständigen-Ausschusses
(Layton-Bericht) bezieht sich in seinem Anhang die kurz-
fristige Verschuldung Deutschlands auf acht Milliarden
und die langfristige auf 9 Milliarden Goldmark. Beide
Zahlen stützen sich auf amtliches deutsches Material.
Daraufhin hielt es der ehemalige Reichsbankpräsident
Dr. Schacht für seine Pflicht, in seiner bekannten Garz-
burger Rede vor aller Welt zu erklären, daß die deutsche
Auslandsverschuldung wesentlich höher sei. Prompt setzte
ein gewaltiger Sturm der Entrüstung gegen Schacht ein,
der in der gesamten Presse seine Kreise zog. Man ent-
fand sich noch lebhaft der ungemein scharfen Polemik,
mit der auch der Reichsfinanzminister Dr. Dietrich gegen
Schacht zu Felde zog. Nunmehr verbreitet der Handels-
dienst des amtlichen Wolffschen Telegraphenbüros die
Meldung, daß die kurzfristige Verschuldung Deutschlands
nicht weniger als 12 Milliarden und die langfristige 11,5
Milliarden Goldmark betrage. Wozu also der geräusch-
volle Lärm gegen Dr. Schacht, wenn man hinterher die
Richtigkeit seiner Angaben doch amtlich bestätigen muß?
— Es stärkt das Vertrauen des Volkes zur gegenwärtigen
Staatsführung keineswegs, wenn die amtlichen An-
gaben über unsere Auslandsverschuldung in kürzester
Frist eine Korrektur zu unseren Ungunsten von 6,5 Mil-
liarden Goldmark erfahren.

Aber das ändert nun leider alles nichts an der er-
schütternden Tatsache, daß eine Auslandsverschuldung
von insgesamt 29 bis 30 Milliarden auf dem Rücken des
deutschen Volkes lastet. Das ist das Facit einer Erfül-
lungspolitik, wie sie all die letzten zwölf Jahre hindurch
hemmungslos betrieben werden konnte. Nicht nur
verantwortungsbewusste Kreise des deutschen Volkes,
sondern auch namhafte ausländische Wirtschaftskenner
und Nationalökonomien haben immer wieder darauf hin-
gewiesen, daß unsere Tributverpflichtungen letzten En-
des nur durch eine entsprechend erhöhte deutsche Ausfuhr
unter gleichzeitiger scharfer Einfuhrdrosselung abgegol-
ten werden könnten. Beides wäre natürlich den Han-
delsinteressen des Auslandes schnurstracks zuwider ge-
laufen. Indem nun die deutschen Staatsmänner der
Nachkriegszeit mehr Rücksicht auf diese Geschäftsinter-
essen der ausländischen Lieferanten als auf die Belange
des deutschen Volkes nahmen und Milliarden um Mil-
liarden pumpten, um den Tributbittakten gerecht zu wer-
den, hat sich jener Schuldenberg von 29 bis 30 Milliarden
aufgetürmt, deren Verzinsung allein das deutsche Volk
schon viel brutaler belastet als die Tribute selbst. Und
wenn sich die gegenwärtige deutsche Reichsregierung
rühmt, die erste Regierung zu sein, die ohne neue Aus-
landschulden das Tributproblem zu lösen versucht habe,
so ist demgegenüber festzustellen, daß eine Vereinnahmung
neuer Auslandsschulden einfach unmöglich war, weil all-
mählich auch der kurzfristigste ausländische Geldbesitzer
eingesehen hat, daß ein derartig mit Lasten behaftetes
Volk unweigerlich dem Zusammenbruch entgegengeht.
Lediglich aus diesem Grunde und der damit verbundenen
Gefahr der Volksemissionierung Deutschlands ist das Hoo-
verjahr Ereignis geworden, und nur aus diesem Grunde
wird „still gehalten“, d. h. haben sich die ausländischen
Gläubiger bereit erklärt, ihre Guthaben in Deutschland
bis zum Februar des kommenden Jahres stehen zu lassen.
Was aber dann? Unabsehbar wären die Folgen, wenn
nach Ablauf der Stillhaltefrist im Februar der größte
Teil unserer 30 Milliarden Schuld an das Ausland zurück-
gezahlt werden müßte. Wir würden nicht nur am Ende
der unseligen Erfüllungspolitik, sondern zugleich am
Grabe Deutschlands stehen! Und Moskau feierte einen
seiner höchsten Triumph! Man kann also die Sorgen
unserer Reichsregierung sehr wohl verstehen, mit denen
sie dem Februar entgegensteht. Und man wird sich der
schweren Verantwortung bewußt, die auf den Beratun-
gen des Stillhalteauschusses lastet. Aber auch der Still-
halteauschuss wird nichts anderes vermögen, als besten-
falls einen Abzahlungsplan auszuarbeiten, der die Zu-
rückzahlung der Schulden auf eine Reihe von Jahren
verteilt. Selbst die Lösung dieser Aufgabe bereitet die

denkbar größten Schwierigkeiten, da hierbei als einer
der wichtigsten Faktoren die künftige Entwicklung der
weltwirtschaftlichen Lage in Betracht zu ziehen ist. Ein
reichlich unsicheres Beginnen!

Eins jedenfalls steht fest: daß wir im Februar den sich
aus unserer Auslandsverschuldung ergebenden Ver-
pflichtungen genau so wenig gerecht werden können wie
den politischen Tributforderungen, die nach Ablauf des
Hooverjahres im kommenden Juli — rein theoretisch we-
nigstens — wieder wirksam werden. Bis dahin wird
Deutschland noch manche Kämpfe, hauptsächlich mit
Frankreich, ausstehen haben. Und es wird sich zeigen,
ob die deutsche Regierung stark genug bleibt, um dem
französischen Druck gegenüber das nackte Lebensinteresse
des deutschen Volkes erfolgreich zu verteidigen — oder
ob das hochdramatische Wettrennen zwischen dem zügel-
losen französischen Machtwillen und den letzten Resten
deutschen Lebenswillens durch das tragische Vergehen der
deutschen Staatsführung zugunsten Frankreichs ent-
scheiden wird. Die Verlautbarungen aus Paris, wonach
Frankreich einen etwaigen deutschen Schritt zwecks Ein-
berufung einer neuen Tributkonferenz nur unter der Be-
dingung gutheißen und unterstützen würde, wenn
Deutschland auf dieser Konferenz „tatsächliche Garan-
tien“ für die Erhaltung des Versailler status quo geben
und außerdem der französischen Abrüstungstheorie zustim-
men würde, zeigen deutlich genug, wohin die Reise Va-
vals auch nach seinem Besuch in Berlin und Washington
geht. Auch Frankreich weiß, daß eine Wiederaufnahme
der Tributzahlungen, wie sie das Youngdiktat vorsieht,
nach Ablauf des Hooverjahres für Deutschland eine Un-
möglichkeit ist. Gleichwohl widersteht es sich mit aller
Leidenschaft einer Verlängerung des Hoovermorato-
riums. Es will eben in brutaler Weise die deutsche
Tributkrise auf die Spitze treiben, um uns endgültig auf
die Knie zu zwingen und seinen imperialistischen Wün-
schen genau so gefügig zu machen, wie ihm das mit Oester-
reich geglückt ist. Deutschland aber braucht trotz allem
nicht den Weg Oesterreichs zu gehen, wenn es sich seiner
Schlüsselstellung mitten im Herzen Europas bewußt
wird und endlich statt der hundertprozentig gefeierten
frankophilen Zillusionspolitik eine nüchterne Realpolitik
betreibt, die einzig und allein in der wachsenden Front
der Vernunft wider die Unvernunft von Versailles zu
suchen und zu finden ist. Auch die bereits in der letzten
„Umschau“ zitierte Neapeler Rede Mussolinis ist ja nichts
anderes als eine einzige Demonstration gegen die Grie-
kendiktate und gegen den unhaltbaren europäischen
status quo, wie ihn fanatischer Haß und sabotische Verblen-
dung in Versailles geschaffen haben. Es wäre zu wün-
schen, daß Grandis Reise nach Berlin fruchtbarer ge-
wesen ist, als seinerzeit die Reise Brünnings und Curtius
nach Rom und eine weitere Verbesserung der deutsch-
italienischen Beziehungen ergeben hat. Dieser Wunsch
ist um so herzlicher, als Deutschland nach Lage der Dinge
der diplomatischen Unterstützung durch Italien sowohl im
Kampf gegen Versailles als auch gegen die französische
Rüstungstheorie sicher sein darf.

Wie gefährlich sich die imperialistischen Mächtschaf-
ten Frankreichs auch in Mitteleuropa auszuwirken be-
ginnen, beweist der zwar amtlich dementierte, aber von
anderer Seite bestätigte französisch-tschechische Plan, nach
dem klägliches Scheitern des deutsch-österreichischen
Zollplanes eine tschechisch-österreichische Zollunion ins
Leben zu rufen, die nicht nur den wirtschaftlichen Unter-
gang Oesterreichs, sondern auch eine weitere bedeutende
Etappe in dem französischen Eroberungszug gegen Mit-
teleuropa bedeuten würde. Einzuakommt, daß die Ge-
rüchte über österreichische Verhandlungen in Paris hin-
sichtlich einer Verpachtung oder gar eines Verkaufes der
österreichischen Bundesbahn an Frankreich nicht verstim-
men wollen. So beginnt das Briandische Paneuropa im-
mer greifbarer Gestalt anzunehmen und über die Schie-
nenstränge urdeutsches Land gegen das Herz Europas
vorzustößen. Es ist selbstverständlich, daß sich durch diese
alles andere als friedliche Paneuropapolitik auch Italien
in wachsendem Maße nicht nur wirtschaftlich, sondern auch
politisch bedroht fühlt. Aber auch England dürfte allmäh-
lich eingesehen haben, was die Stunde geschlagen hat.
Der überwältigende Wahlsieg der englischen Konser-
vativen ist ja eigentlich nichts anderes als die Frucht der Er-
kenntnis, daß sich das englische Staatschiff in höchster
Not befindet und daß es der Anspannung aller nationa-
len Kräfte bedarf, um der so jäh auch über England
hereingebrochenen Krise Herr zu werden. Es ist nicht zu
bestreiten, daß die konservativen Kreise Englands von
jeher stark zu Frankreich hinüberneigten. Und es ist nicht
verwunderlich, daß Frankreich nach dem Sieg der engli-
schen Konservativen sich wieder starke Hoffnungen hin-
sichtlich einer Neuauflage der „entente cordiale“ macht.

Aber wir glauben dennoch, daß die Ereignisse der letzten
Monate gerade auch die englischen Tories davon
überzeugt haben, wo der große Schädling Europas
sitzt und daß es auch dem britischen Weltreich zum
Verhängnis gereichen würde, wenn man diesen Schäd-
ling weiter wie bisher seine wahnwichtigen Machtinter-
essen verfolgen ließe, ohne ihn — wenn auch „in aller
Freundschaft“ — in den Arm zu fallen. Aus diesem
Grunde halten wir die französischen Hoffnungen auf
einen bevorstehenden Kurswechsel der englischen Außen-
politik zumindest für verfrüht. Aber wie dem auch sei,
Deutschland hat in jedem Falle — zumal nach den letzten
Ausschlüssen des von Amerika zurückgekehrten Naval —
alle Veranlassung, auf der Hut zu sein. Wir stehen dicht
vor einem zweiten Versailles!

Diener des Staates!

„Der König ist der erste Diener des Staates“, sagte
ein preussischer König einst von sich und ich glaube, daß
in unserer Zeit der Beamte nichts mehr sei, als damals
der König. Dieser Glaube müßte erschüttert werden,
wenn man annehmen könnte, hinter den Ausführungen
von Herrn Obersteuerinspektor Eggers in Nr. 248 d. Zei-
tung unter dem Titel „Um die Kaufkraft des Beamten“
stünde mehr als nur ein Bruchteil der Beamenschaft.

Der Beamte ist des Staates wegen da. Wenn man den
vorgenannten Artikel liest, muß man glauben, es sei um-
gekehrt. Und das Schlimmste, jeder, der nicht der Be-
amtschaft selbst angehört, gewinnt den Eindruck, daß hier
eine lebensfremde und wirtschaftsfeindliche Kaste um ihr
Wohlergehen, das möglichst durch keine Maßnahme ein-
geengt werden möchte, kämpft.

Es liegt mir fern, die Verdienste der Beamenschaft
um den Staat verkleinern, oder ihre Rechte schmälern zu
wollen. Eins aber müssen wir Arbeiter, wir Angestell-
ten und freien Berufe verlangen, daß die Beamten, wenn
es uns allen schlecht geht, sich auch eine Einschränkung
auferlegen lassen, ohne in Gedanken mit der „Waffe des
Streikrechts“ zu spielen. Ansonsten gibt es Beamte,
die die privaten Arbeitnehmer um diese zweischneidige
Waffe beneiden. Recht gut ist es, wenn die Organisation
gegen die Notverordnung nichts erreicht, denn eine
Staatsbeamten-Organisation ist überflüssig, um nicht zu
sagen gegen Treu und Glauben. Bietet der Staat Ge-
halt, Pension, soziale Zulagen, geregelte Aufstiegsmö-
glichkeiten, Schutz gegen Arbeitslosigkeit, so verlangt er
dagegen nur „Pflichterfüllung“ bis ins Kleinste. Es liegt
also ein für alle Teile feststehendes, geregeltes Vertrags-
verhältnis vor. Wozu Organisation? Wir wissen alle,
daß von jedem Arbeiter und Angestellten Pflichterfül-
lung bis ins Kleinste zumeist in einem schärferen Ar-
beitstempo als bei der Behörde heute verlangt wird. Da-
gegen wird ihm bei Weitem nicht das geboten, wie dem
Beamten.

Um kurz auf die Minderung der Kaufkraft durch Ge-
haltskürzung einzugehen, so muß ich sagen, daß der Real-
lohn nicht in demselben Maße gesunken ist, denn der
Lebenshaltungsindex ist vom Juli 1930 bis Juli 1931 um
ca. 10 Prozent herabgegangen.

Es geht nicht an, mit der Notlage der Beamtenban-
ken und der Beamtenwirtschaftsunternehmen die Not
der Beamten begründen zu wollen. Wenn, wie Herr Eg-
gers schreibt, die Beamten schon in den letzten Jahren ge-
zwungen waren, Kredite aufzunehmen, um „angemessen“
leben zu können, so bin ich der Ueberzeugung, daß es
besser gewesen wäre, man hätte sein Lebenshaltungs-
niveau bei Zeiten herabgesetzt und nicht hartnäckig auf
diesem „unangemessenen“ Stande beharrt. Durch Kre-
dite kann man seinen Lebensstandard nicht finanzieren.
Diese Erscheinung ist nicht vereinzelt in der Hauswirt-
schaft aufgetreten, nein, fast die gesamte Privat- und
Staatswirtschaft leidet an demselben Krebschaden. Das
„Meber die Verhältnisse“ leben war in Deutschland Mode
geworden und es konnte gar nicht anders sein, nur eine
autoritative Stelle mußte mit dem Sparen anfangen.
Und das ist das Wichtigste, nicht die Millionen, die durch
die Beamtengehälter-Kürzung im Effekt erpart werden,
sondern die psychologische Wirkung der Tatsache, daß der
Staat spart, ist ausschlaggebend. Dienen und haushalten!
— Dienen soll der Staat dem ganzen Volke und mit sei-
nem Vermögen muß er haushalten in dieser ersten Zeit.

An der Beamenschaft ist es, diese notwendige begon-
nene Maßnahme erfolgreich durchführen zu helfen, die
Zeichen der Zeit zu erkennen, die dem Staat eine große
Zukunft verhelfen und wahre Diener des Staates zu
sein.

W. R.

Muß Gold der Garant unseres Besitzes und unsrer Zahlungsmittel sein?

In Nr. 251 des „Aufwärts“ schreibt Th.: „Das Gold wäre, gerecht verteilt, immer die beste Währungsgrundlage; das dieses Edelmetall sich nicht beliebig vermehren läßt; also durch die Knappheit jede Währungs-inflation verhindert.“ Der Verfasser fügt hinzu: „Wie wir auf allen Gebieten die Ungerechtigkeit überhandnehmen sehen, so ist die ungerechte Verteilung des Goldes auch eine Folge der Ungerechtigkeit, also der Sündhaftigkeit.“ Was Th. unter einer „gerechten Verteilung“ versteht, wird leider ebenso wenig verraten, wie angedeutet wird, wie sie anzustreben ist und ob sie, wenn auch nur annähernd, erreichbar ist. Soll der letzte Satz nicht eine Phrase bleiben, so regt er zum Nachdenken über die Frage der Währung an. Mit der Verknäufelung von der „gerechten Verteilung“ könnte Th. statt des Goldes in seinem ersten angeführten Satz als noch bessere Grundlage der Währung das Platin genannt haben. Warum muß es denn gerade Gold sein? Müßten wir uns damit abfinden, weil kein Mensch es ändern kann, daß Gold die beste Währungsgrundlage ist? Müßten die Versuche, statt des Goldes ein anderes Währungsmittel zu setzen, unweigerlich scheitern? und warum?

Man wird vermutlich nicht vom Golde zu Platin (oder einem andern Edelmetall) übergehen, trotzdem es durch seine Knappheit jede Währungs-inflation verhindert. Es hätte vermutlich auch wenig Zweck, die Goldschmelze statt auf Grund einer Menge Goldes auf Grund von vorhandenem Platin zu drucken und in Umlauf zu geben. Wenn auch die beliebige Vermehrung ausgeschlossen ist, so doch nicht die beliebige Verschiebung, die es zur „ungerechten Verteilung“ kommen läßt.

Wenn nur das Gold uns den Wert unsres Vermögens und unsrer Zahlungsfähigkeit garantiert, dann hat Th. ganz recht, wenn er in dem angeführten Artikel darauf hinweist, daß Frankreich (über die größte Goldmenge verfügend) zu jeder Zeit unserer Währung den Todesstoß geben könnte. Aber das Chaos würde doch nur dann kommen, wenn nach Fortfall des Goldes nichts anderes für uns als Garant unsres Besitzes und unsrer Zahlungsmittel sein könnte.

Ist nicht gerade das Gold, welches sich im Auslande befindet (und es wird uns je länger, desto mehr entzogen) und das doch zugleich, ganz egal, ob wir oder andere darüber verfügen, Währungsgrundlage ist, für uns eine Bedrohung mit der Inflation, d. h. einer Entwertung unsrer Zahlungsmittel? Wir brauchen ja nur den Versuch zu machen, mit unsern zu angeblich 29 % „gedeckten“ Banknoten in Frankreich Gold zu kaufen; würde uns wohl für eine Million unsrer (angeblich durch Gold „gedeckten“) Reichsbanknoten eine Million Reichsmark in Gold gegeben werden? Die Bank von Frankreich würde uns etwas flöten, wenn wir auf diese Weise versuchen wollten, die Goldbedeckung unsrer in Umlauf befindlichen Zahlungsmittel etwas zu vergrößern. Vielleicht (?) bekämen wir die Hälfte, vielleicht auch weniger oder auch nichts, je nachdem uns zu Gemüte geführt werden sollte, wie sehr unser Geld bei einem solchen Versuch aus Inflationssicht angesehen wird. (Das stimmt nicht. Jeder, der eine Million Reichsmark besitzt, kann sie nach dem normalen Wechselkurs in Frank umwechseln und dafür Goldbarren in der Bank von Frankreich kaufen. Vielleicht nimmt die Bank von Frankreich sogar die Mark gegen Ersatz der Wechselungskosten. Wir könnten von der Bank von Frankreich ferner Gold kaufen, wie wir wollen, wenn wir genügend Marknoten drucken könnten, ohne die Goldbedeckung so tief zu senken, daß der Wechselkurs fällt; oder

wenn der Markkurs so hoch steigt, daß die Fracht des Goldes von Paris nach Berlin hereinkommt. Die Bank von Frankreich läßt den Goldkauf sogar dadurch unterstützen, daß Goldbarren in billigere Teile zerschnitten werden für solche, die den Preis eines ganzen Barrens, ca. 200 000 Franken, nicht erschwingen können. — Die Schriftleitung.)

Wenn es wirklich so ist, daß das, was nicht zu Gold gemacht werden kann, keinen Wert haben soll, dann ist nicht nur das Gold, sondern in Wirklichkeit vielmehr der Besitzer des Goldes der Garant dessen, was wir besitzen, kaufen oder verkaufen.

Nun ist es doch so, daß der Staat, in dem wir leben, uns den Wert unsres Besitzes und unsrer Zahlungsmittel zu garantieren hat. Wie wenig er das heute tut, zeigen die täglichen Zwangsverkäufe, bei denen der bisherige Besitzer oft über die Hälfte seines Wertes einbüßt. Das ist ein Kapitel für sich, hängt aber auch damit zusammen, daß wohl etwas da ist, daß es aber nicht zu Gold gemacht werden kann. Will der Staat aber seinen Bürgern Wert des Besitzes und der Zahlungsmittel garantieren, dann ist es ein Un Ding, es mit etwas tun zu wollen, was er selbst kaum besitzt, und was er sich immer selbst erst borgen muß.

Es dürfte klar sein, daß Gold als Währungsgrundlage, wenn es sich nicht in unserem Besitz befindet, ganz leicht eine Entwertung unsres Geldes herbeiführen kann; die Goldwährung ist der sicherste Weg zu einer Inflation bei dem Volk, das vom Gold verlassen ist und immer mehr verlassen wird. Wir brauchen uns nur an die Inflationsjahre zu erinnern, wo wir doch die Währung des Goldes hatten, an das wir mit unsern Papierlappen nur nicht herankommen konnten. Nebenbei darf auch bemerkt werden, daß unser damaliges Geld (eine Billion Papiermark = eine Goldmark) zu einem reinen Inlandsgeld geworden war, das Ausland nahm unsere Millionenmark einfach nicht an. (Das Ausland nahm sie wohl an, aber nur zu horrenden Preisen, das ist eben „Inflation“.) — Die Schriftleitung.)

Ein Beispiel: Ein Großbauer entlohnt seine Arbeiter mit dem, was er hat; er gibt ihnen Gutscheine, mit denen sie sich von seinen Vorräten Korn, Kartoffeln, Fleisch, Milch usw. besorgen können und Wohnung nebst Brand erhalten. Da wird dem Bauern eingeredet, er müsse in Gold entlohnen, in Gold, das er sich für seine Erzeugnisse bei einem Goldbesitzer in der Stadt eintauschen könne. Der Großbauer geht darauf ein, und — da die Goldbesitzer einzeln sind (Diese „Einigkeit“ beruht bei steigenden Wechselkursen darauf, daß die Warenpreise sich nicht sofort angleichen. Andernfalls hat auch der Bauer keinen Schaden. — Die Schriftleitung.) kann er seine Erzeugnisse nicht los werden, es sei denn, den Zentner Weizen für eine halbe Goldmark usw. Wie lange wird es dauern, bis der Bauer ausgewirtschaftet hat?

Man sehe an Stelle des Bauern im Beispiel das Deutsche Reich, das seinen Arbeitern Arbeit und Brot verspricht, und die Notwendigkeit, daß alles auf Gold basieren müsse, wird wenig einleuchtend.

Der Staat sind bekanntlich nicht die paar obersten Staatsverwalter, sondern sind wir alle zusammengehörenden Staatsbürger. Können wir uns wirklich nicht ohne Hilfe des das Gold besitzenden Auslandes den Wert unsres Besitzes und unsrer Zahlungsmittel gewährleisten? Warum wollen wir dann nicht feierlich den Besitzer der größten Goldklumpen, etwa Pierpont Morgan eventuell „u. Comp.“, zu unserm Fürsten und Regenten ernennen?

Vielleicht wird es noch einmal dahin kommen, daß die Goldbesitzer ihre Barren in den Tresors für nicht gesichert genug halten und sie deshalb auf eine einsame Insel des

Ozeans schaffen; vielleicht könnte auch das Wunder geschehen, daß die Insel mit ihren Schätzen mitten ins Meer fänke, begleitet von dem anderen „Wunder“, daß Schafen und Esen, Kaufen und Verkaufen ruhig ihren Gang in der Welt weiter fort gingen. Aber wir wollen nicht auf das Wunder der Goldverfälschung warten, sondern wir sollten schon heute dem Golde und seinen Besitzern die Macht nicht mehr einräumen, den Wert unsrer Zahlungsmittel zu bestimmen.

Ja, wer sollte ihn denn bestimmen, wenn nicht der Goldbesitzer? Nun, ich meine, der Staat, der sich nicht stützt auf das Gold, das er nicht hat und das er nicht festhalten kann, wenn Mächtigere (das sind heute die Goldbesitzer) es ihm entziehen wollen, sondern der sich stützt auf die Schätze, die in seiner Mitte sind, und die ihm nicht weggetragen werden können. Doch ich wollte eigentlich nicht darüber schreiben, wer unsere Zahlungsweise und wie er sie anzuordnen hat, es lag mir zunächst daran, dem Leser vorzuhalten, daß unbedingt keine Notwendigkeit vorliegt, das Gold als die einzige richtige Währungsgrundlage und als den einzig zuverlässigen Wertmesser anzunehmen.

Boget, Volkmarfen.

Staat und Ostbank.

Geheimrat Hugenberg vor dem Untersuchungsausschuß des Landtags.

— Berlin, 4. November.

Vor dem Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtages, der die Geschäfte der Preussischen Landbank, der die Geheimrat Hugenberg über die Geschäfte der Ostbank und der Ostbank. Bei der ganzen Entwicklung müsse man feststellen, so führte Geheimrat Hugenberg aus, daß es heute infolge der Mißwirtschaft, die, vom Staate ausgehend, sich in unserem ganzen Wirtschaftsleben zeige, nicht mehr viel Unternehmungen gebe, die nicht vom Konkurs bedroht seien.

„Was nun die Fälsche Landbank und Ostbank betrifft, so scheinen sie mir“, fuhr Dr. Hugenberg fort, „das typische Beispiel dafür zu sein, wie gerade durch die Einflüsse des Staates, des preussischen Staates, an sich gesunde Unternehmungen in die Konkursbedrohtheit hineingetrieben wurden, und wie derselbe Staat, der an dieser Entwicklung schuld war, genötigt war, das von ihm selbst angerichtete Unheil wieder gutzumachen und seinerseits zur Rettung dieser Unternehmungen zu schreiten.“

Eingehend schilderte Geheimrat Hugenberg dann seine persönlichen Beziehungen zu der inneren Kolonisation und zu den Instituten. Die Ostbank sei tatsächlich ein nach Osten ausgerichteter Arm der Seehandlung gewesen. Die praktische Leitung der Ostbank habe die Seehandlung in Händen gehabt. Aus politischen Gründen habe sie den Aktienbesitz verkauft. Die Landbank wäre ein absolut lebensfähiges Unternehmen gewesen, wenn der Staat ihr die gleichen Kredite wie den übrigen Siedlungsgesellschaften lassen hätte. Kennzeichnend für das Verhalten des Staates sei, daß er die Aktien zu einer Mark erworben und erst nach einem Anfechtungsprozeß den Aktionären zehn Mark pro Aktie gezahlt habe.

Während der Fragestellung kam es zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen Geheimrat Hugenberg und dem sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Ruttner.

Hitlers Besuch bei Schleicher.

— München, 4. November.

In Richtigstellung einer Zeitungsmeldung über die Unterredung des Führers der Nationalsozialistischen Adolf Hitler mit General von Schleicher vom Reichswehrministerium erklärt Adolf Hitler, es sei unwahr, daß er versprochen habe, sofort nach Übernahme der Regierung durch die Nationalsozialisten die Selbstschußabteilungen aufzulösen, auf die Befehle der Polizeipräsidenten in den Großstädten zu verzichten und keine radikalen Parteimitglieder in verantwortliche Stellen aufzunehmen.

Arbeitswoche für evangelischen Religionsunterricht.

Die Gesellschaft für evangelische Pädagogik konnte kürzlich in Spanbau ihre dritte Arbeitswoche für Religionsunterricht halten. Dankbar haben es die Teilnehmer vermerkt, daß es da nicht bloß um Einzelfragen, sondern um die bewegenden Grundgedanken der Gegenwartstheologie und des Gegenwartsgeistes ging.

Das Wort Gottes, voriges Jahr Leitgedanke des Theologentages, beleuchtete Professor Schreiner als das Kernstück unseres religiösen Lebens und Denkens. Erst seit dem Kriege reden wir wieder von ihm. Vorher nahmen die einen unbesehen die Bibel als Gottes Wort, wohl gar als wörtlich eingegeben; sie klammerten sich an einzelne Bibelworte und atomisierten „das Wort“ im Worte. Die andern zerschlugen mit ihren Forschungen diesen Bibeldogmatismus, sie zerlegten die Bibel und atomisierten die lebendige Quelle in „Quellen“. Von der Erkenntnis aus, daß Glaube Voraussetzung unserer Stellung zur Bibel ist, führte zuerst die dialektische Theologie zu einer neuen Beugung vor dem Herrn, der uns „beruft“ und „beanspruchte“. Gott selbst bleibt uns verhißt, sein Wort dringt nur durch Vermittlung zu uns. Darum muß immer unterschieden werden Wort Gottes, das er selbst durch Menschen spricht, und Zeugnis vom Worte Gottes, das die Menschen geben. Weil das Wort immer im Zeugnis verborgen ist, — das Hauptzeugnis ist die Bibel — so gibt es Mißverständnisse, aber darum gibt es auch das Wagnis des Gebets, des Vertrauens auf ein wahrhaftiges Gottes wort im wahrhaftigen Menschenwort.

Ebenso — das zeigte Lic. Rünneke — steht es um das „Wunder“; denn nicht ein außergewöhnliches Geschehen ist Wunder, sondern Offenbarung Gottes an die gefallenen Menschen. Alles Geschehen wird zum Wunder, wenn der Mensch darin ein Wort Gottes hört. Es ist mit hineingestellt in die Mißverständlichkeit alles Irdischen, es kann nicht bewiesen werden und wird gerade darum dem Glaubenden zu einem neuen Zeugnis der Alleinwirklichkeit Gottes.

Diese Grundhaltung der neuen Theologie versuchte Prof. Widmann für den Unterricht zu vereinigen mit den heutigen Bildungsidealen. Der Unterricht bietet dem Kinde Werte an, er kann das Christentum als höchsten Wert heranziehen. Daß der Mensch sich diesem Werte hingibt, kann kein Religionslehrer machen; hier muß er dem Willen Gottes Raum geben. Kann aber — so fragte Professor Böhne — das Wort Gottes als „Wort“ vorgebracht werden, ohne daß der Anschein entsteht, als sei der Mensch in der Lage, sich für oder wider Gott zu entscheiden? Es ist nicht Gottesbegegnung, wenn jemand Christus in seine Wertanschauung einordnet. Wir bleiben vor dem unaussprechlichen: Schaffet mit Furcht und Zittern, daß Ihr selig werdet, denn Gott ist's.

Die zweite Hälfte des Lehrgangs war praktischen Gegenwartsforderungen gewidmet. Prof. Brunstäd, Theologe, Philosoph und Volkswirtschaftler, legte den Grund unserer Rechtsanschauungen dar. Er stellte heraus, daß Person und Eigentum unlöslich verbunden seien, da Freiheit nur bestehe, wenn der Mensch seine leiblichen Bedürfnisse befriedigen könne, also die Mittel dazu in seinem Besitz habe. Aber die Persönlichkeit lebe nur im Bezug zur Gemeinschaft im Recht. Eigentum als Gabe Gottes sei nicht Mittel der Selbstherrlichkeit, um allen ihr Recht zu sichern, sei Wirtschaft nötig.

Wie sich diese Wirtschaft zu gestalten hat, kapitalistisch oder sozialistisch, dafür gibt es keine christliche Einheitslösung — schon der Gegensatz des zweiten Redners, des religiösen Sozialisten Prof. Böger, zum Hauptredner zeigte das. Keinesfalls aber darf der Glaube sich von der Gestaltung der Wirtschaft zurückziehen. Darum wandte sich auch die Aussprache lauter drängenden Einzelfragen zu, für die der Redner oft schlagenden Rat bereit hatte.

Oberschulrat Schlemmer begründete die Notwendigkeit des Staates als einer Erziehungsmacht neben den naturgegebenen Erziehungsmächten, deren Grenzen er erläuterte. Er kam zu der Forderung, daß der Religionsunterricht als Teil der Schule dem Staate sich eingliedern müsse und jedenfalls niemals dem Staat bekämpfen dürfe, selbst wenn die Kirche dies tun möchte. Ergänzend

wies Studienrat Jaerber darauf hin, daß der Staat in seiner Schulhoheit auch die inneren Grenzen sehen müsse. Der Religionslehrer kann nicht sich nur an den Staat gebunden, nur dem Staat verantwortlich fühlen. Jeremia war ein Feind seines Staates, der sich verflüchtete, aber nicht ein Feind seines Volkes.

So zeigte der Schluß der Tagung noch einmal die ewige Zwei-Deutigkeit des Religionsunterrichts, die die ganze Arbeitswoche durchzog und die uns Religionslehrer immer wieder beunruhigt und wach hält.

B. D. D.

Kräftige, aber wahre Worte

richtet der „Volkserzieher“ (Schriftleiter Wilh. Schwane, Rattlar, Post Willingen, Waldeck) an die deutschen Rauch- und Raufschelken. „Man wird auch innerlich ein anderer — ein freier Mensch, wenn das Blut rein gehalten wird von Rauch- und Raufschelken! — Wie kann man klare und reine Gedanken und Gefühle haben, wenn die Nerven zittern vom allgematten Widerstand gegen die Genußentel der Kultur? 8 Milliarden — 8 000 000 000! — Mark vergeudet Deutschland alljährlich noch an Rauch- und Raufschelken, an Tabak, Zigarren, Zigaretten, an Wein, Löh, Schnaps und Bier. — Jeder, der dazu auch nur mit einer einzigen Mark beiträgt, ist mitschuldig an dem wirtschaftlichen, politischen, religiösen und moralischen Zusammenbruch unseres Volkes. Und keineswegs hat er als Teilnehmer an dieser verbrecherischen Verschwendung ein Recht, auf andere Parteien, Bekenntnisse, Klassen, Stände, Rassen und Völker zu schimpfen. — Da sangt an, Ihr Herren Alt- und Neureformer in Stahlhelm, Roffhauerbund, Tannenbergbund, Hitlergarde, Reichsbanner und Roffkont! Da geben Sie vor allem das gute Beispiel, Sie Herren in Regierung, Parlament und Gemeindeförderung. Es ist Ihre heilige Pflicht — nicht „verdamnte Pflicht!“ — hier mit gutem Beispiel der Enthaltung und Sparsamkeit voranzugehen! Tut Ihr es nicht, so werdet Ihr schon bald durch die Janfaren der großen Revolution zu viel stärkeren Entsetzungen gezwungen werden.“

Konferenz Laval mit Hoesch.

Unter Hinzuziehung Briands. — Bericht im Ministerrat.

— Paris, 4. November.

Die Mitglieder des französischen Kabinetts nahmen einen Bericht des Ministerpräsidenten Laval über seine Besprechungen mit dem amerikanischen Präsidenten Hoover entgegen. Die amtliche Mitteilung über diese Sitzung ist kurz und gibt über die weitere Entwicklung der Dinge keinen Aufschluß.

Nach dem Communiqué berichtet Laval über die Mission, die er in Amerika durchgeführt hat, worauf der Justizminister den Ministerpräsidenten im Namen des Kabinetts dazu beglückwünschte, daß er seine Mission in einer unter den gegenwärtigen Umständen besonders nützlichen Weise durchgeführt und die freundschaftliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich bestätigt hat. Finanzminister Flandin unterbreitete dem Ministerrat den endgültigen Text des Gegenseitigen Abkommens für die Durchführung des neuen Abschnittes des Wirtschaftsprogramms. Auf Vorschlag des Ministerpräsidenten wurde beschlossen, den Zeitpunkt des Zusammentritts des Parlaments auf den 12. November festzusetzen.

Nach dem Ministerrat hatte Ministerpräsident Laval eine Unterredung mit dem von Berlin zurückgekehrten deutschen Botschafter von Hoesch. Kurze Zeit später wollte Botschafter von Hoesch nochmals beim französischen Ministerpräsidenten, und zwar war zu dieser Aussprache auch der Minister des Auswärtigen, Briand, eingeladen worden.

Beachtenswert ist, daß von der Umgebung Laval's auch heute wieder betont wird, es treffe nicht zu, daß die Einberufung einer internationalen Konferenz nach Biarritz beschlossene Sache sei. Die Konferenzpläne seien vielmehr völlig abhängig von den Fortschritten der neuen deutsch-französischen Fühlungnahme.

Die deutschen Ausschüsse

für die deutsch-französische Kommission.

Wie mitgeteilt wird, gliedern sich die nunmehr eingesetzten deutschen Ausschüsse der deutsch-französischen Wirtschaftskommission wie folgt:

Ausschuß für Handelsvertragsfragen. Vorsitzender: Ministerialdirektor Bosse; Mitglieder: Reichsminister a. D. Hamann (Deutscher Industrie- und Handelsrat), Reichsminister a. D. von Raumer, von Schorlemer (Landwirtschaft), Lemmer und Tarnow (Gewerkschaften).

Ausschuß für private Wirtschaftsvereinbarungen. Vorsitzender: Clemens Lammer vom Reichsverband der Deutschen Industrie; Mitglieder: Geheimrat Bücher von der AEG, Direktor Lange vom Verein Deutscher Maschinenbauanstalten, Generaldirektor Dr. Boensgen von den Vereinigten Stahlwerken und der Gewerkschaftsführer Schmitz von den Christlichen Gewerkschaften.

Ausschuß für Verkehrsfragen. Vorsitzender: Graf Roeder.

Ausschuß für deutsch-französische Interessengemeinschaften. Vorsitzender: Abt. Frowein (Reichsverband der Deutschen Industrie); an bekannten Persönlichkeiten gehören ihm u. a. an: Otto Wolff-Röhl und der Hamburger Bankier Dr. Melchior.

Ausschuß für gemeinschaftliche deutsch-französische Zusammenarbeit im Ausland. Vorsitzender: Reichsminister a. D. Dr. Hermes; Mitglieder: Direktor Schnitzler von den I. G. Farben, der Mannheimer Industrielle Bögele, Ingenieur Schweitzer (Ufa-Bund).

Die Ausschüsse werden vor der Reise nach Paris wahrscheinlich noch einzeln zusammenkommen, um ihre Arbeitsmöglichkeiten zu besprechen. Das eigentliche Arbeitsprogramm wird jedoch erst bei der Pariser Konferenz festgelegt werden. Im Anschluß an die Pariser Gemeinschaftstagung beginnt dann die praktische Arbeit und zwar in der Form, daß ein Teil der Ausschüsse ständig in Berlin, der andere ständig in Paris tagt.

Beginn der Beratungen.

der deutschen Mitglieder des deutsch-französischen Wirtschaftsausschusses.

Unter Vorsitz des Reichszanklers Dr. Brüning versammelten sich zum ersten Male die deutschen Mitglieder und Sachverständigen der deutsch-französischen Wirtschaftskommission. Nachdem der Reichszankler den Sachverständigen für ihre Bereitwilligkeit zur Mitarbeit an den Aufgaben der Kommission gedankt hatte, führte er u. a. folgendes aus:

Der Gedanke der Einbeziehung der deutsch-französischen Wirtschaftskommission verbande Entstehung und Ausgestaltung den Zusammenkünften der deutschen und französischen Minister in Paris und Berlin. Hatte die Kommission ihren Ursprung somit auf politischem Boden, so beschränkte sich ihr Aufgabenkreis auf wirtschaftliche Fragen. Hier allerdings finde sie ein weites Feld.

Die Sachverständigen könnten alle wirtschaftlichen Probleme in Angriff nehmen, die ihnen geeignet erschienen, um die Zusammenarbeit und das Verständnis zwischen den beiden Nationen zu fördern. Dabei sei zu betonen, daß die Arbeiten der deutsch-französischen Wirtschaftskommission sich gegen kein drittes Land richteten.

Die Sachverständigen dürften die ihnen obliegende Tätigkeit nicht als eine vorübergehende betrachten, die in wenigen Wochen bereits zu einem endgültigen Ziel geführt haben werde, sondern sollten ihre Aufgabe in einer ständigen gegenseitigen Fühlungnahme und Zusammenarbeit erblicken, die nach und nach alle Fragen in ihren Bereich ziehen könne, die im Rahmen dieser Gemeinschaft gelöst werden könnten.

Der Reichszankler gab sodann die Gliederung der Ausschüsse und ihrer Arbeitsgebiete bekannt.

Die Reichsarbeiter gegen den Schiedsspruch. Dem Reichsarbeitsministerium ist die Erklärung der am Tarifvertrag für die Reichsarbeiter beteiligten Gewerkschaften zugegangen, daß sie den kürzlich gefällten Schiedsspruch, der eine Herabsetzung der Stundenlöhne um 2 bis 6 Pfennig vorsieht, ablehnen.

zösischen Fühlungnahme. „Matin“ bekundet hierbei eine Verstimmung darüber, daß Deutschland noch keinen endgültigen Plan für die Neuordnung der Reparationen und die Tilgung der kurzfristigen Kredite vorgeschlagen hat.

Vorarbeit für die Wirtschaftskommission

Konstituierung der deutschen Abteilung in der Reichskanzlei.

In der Reichskanzlei konstituierte sich unter Vorsitz des Reichszanklers die deutsche Abteilung der deutsch-französischen gemischten Wirtschaftskommission. Im Hinblick darauf, daß in etwa zehn Tagen die Gesamtkommission in Paris zusammentreten soll, hielten Regierungsvertreter und Sachverständige eine Aussprache über die Aufgaben der deutschen Delegation ab. Dr. Brüning eröffnete die Beratungen mit einer kurzen Rede.

Wie verlautet, sollen folgende vier Ausschüsse eingesetzt werden: für Handelspolitik und den Ausbau der Handelsverträge; für Verkehr; für Wirtschaftsverflechtung (Kartellwesen); für die Beziehungen zu dritten Staaten.

Heute Kabinettsitzung über von Hoesch's Bericht.

— Berlin, 4. November. Das Reichskabinett wird sich nach der D.M.Z. heute in einer Ministerbesprechung mit der Unterredung beschäftigen, die der französische Ministerpräsident Laval am Dienstag mit Botschafter von Hoesch geführt hat.

Der Botschafter hat sofort einen sehr langen telegraphischen Bericht über seine Eindrücke nach Berlin übermittelt, der während der Nacht dechiffriert wird und die Grundlage der Kabinettsberatungen bilden wird.

Neuordnung der Osthilfe.

Schlange-Schönungen wird Reichskommissar. — Mit erweiterten Vollmachten.

— Berlin, 4. November.

Als Ergebnis der letzten Besprechung über die Osthilfe wird in den nächsten Tagen eine Verordnung erscheinen, durch die das Durchführungsverfahren geändert wird. Das wesentliche dabei ist, daß dem Ostkommissar größere politische Vollmachten erteilt werden, und zwar in der Form, daß er ein Anweisungsbefehl bekommt, so daß er in Zukunft ebenso unter selbständiger Verantwortung handeln kann, wie der Stiefelungskommissar.

Im Anschluß an diese grundsätzliche Neuordnung dürfte auch die persönliche Frage geregelt werden, die bekanntlich schon seit einigen Wochen in der Schwebe ist. Es ist nunmehr sicher damit zu rechnen, daß der Reichstagsabgeordnete Schlange-Schönungen zum Reichskommissar für die Osthilfe ernannt werden wird. Er tritt damit gleichzeitig als Minister ohne Amtsbereich in das Reichskabinett ein.

Gesandter von Molke in Berlin.

Der deutsche Gesandte in Warschau, von Molke, befindet sich zur Zeit in Berlin, um mit der Reichsregierung die Möglichkeit und die Aussichten etwaiger neuer deutsch-polnischer Verhandlungen zu erörtern.

Schiedsspruch für die Reichspost.

— Berlin, 4. November.

Im Lohnstreit der Reichspost wurde durch die Schlichterkammer ein Schiedsspruch gefällt, durch welchen die Stundenlöhne der über 24 Jahre alten Arbeiter um zwei bis vier Pfennige gesenkt werden. Die sich auf Grund der neuen Stundenlöhne ergebenden Kürzungen des tatsächlichen Lohnes sind bei den einzelnen Lohngruppen für die bereits in Arbeit stehenden Arbeiter entsprechend begrenzt. Die Neuordnung tritt am 8. d. M. in Kraft und kann erstmalig zum 31. März 1932 gekündigt werden.

Die englischen Gemeindevahlen.

— London, 4. November.

Nach den jetzt vorliegenden Ergebnissen der englischen Gemeindevahlen hat die Arbeiterpartei auch bei dieser Gelegenheit eine neue große Niederlage erlitten. In London haben die Konservativen 425 Sitze gewonnen, während die Arbeiterpartei 92 Sitze verloren hat. In Birmingham nahmen die Konservativen der Arbeiterpartei 9 Sitze ab. Auf 24 sozialistischen Kandidaten unterlagen. In Derby verlor die Arbeiterpartei 13, in Birkenhead 12 und in Stoke 11 Sitze; damit verlor die Arbeiterpartei in den drei Städten ihre Mehrheit.

Franzosen-Flugzeug landet in der Pfalz

Der Pilot, ein Fliegeroffizier, verhaftet.

Ein französisches Flugzeug überflog mehrere Ortschaften der Südpfalz. Gendarmerie nahm mit Kraftfahrzeugen sofort die Verfolgung auf. Das Flugzeug landete schließlich auf dem Ebenberg bei Landau. Es handelt sich um ein französisches Militärflugzeug, „Mouport-Delage Nr. 522“. Der Insasse, ein französischer Fliegerleutnant, wurde vorläufig festgenommen und nach der Gendarmeriestation Landau gebracht, wo Beamte der Flugüberwachung erwartet werden. Der Flieger gab an, er sei in Straßburg zu einem Flug nach Weidenburg aufgestiegen und habe sich verfliegen. Das Flugzeug wurde sichergestellt.

Gandhi bei Macdonald

Der britische Ministerpräsident Macdonald empfing Gandhi in Audienz. Den Gegenstand der Unterredung bildete die Konferenz am Runden Tisch.

Der Irak tritt dem Kellogg-Pakt bei.

König Faisal vom Irak hat einer aus Bagdad eingetroffenen Meldung zufolge den Beitritt des Irak zum Kellogg-Pakt gebilligt.

Rückkehr zum Youngplan?

Lavals Programm: dauerndes Abformen auf der Grundlage der bestehenden Verträge.

Mit Spannung sieht man jetzt, nachdem der französische Ministerpräsident Laval dem Kabinett über seine Besprechungen mit dem amerikanischen Präsidenten Bericht erstattet hat, der Auswirkung dieser Reise entgegen. Die Hoffnung allerdings, daß diese Auswirkungen in einer wirklichen Endlösung der Tribut- und der Schuldenfrage bestehen wird, ist kaum noch vorhanden. Immer deutlicher zeigt sich, daß Frankreich, wie der „Temps“ sich ausdrückt, das Problem der Zahlungsfähigkeit Deutschlands nur im Rahmen des Youngplans „lösen“ will, und zwar ohne neue Hoover-Freihäre.

Ueber die Möglichkeit einer Gläubigerkonferenz in Biarritz liegen einander widersprechende Meldungen vor. So will man in Paris von der Einberufung einer solchen Konferenz nach Biarritz noch nichts wissen, in Washington dagegen hält man eine solche Konferenz aller wichtigeren, an der internationalen Schuldenfrage interessierten Regierungen durchaus für wahrscheinlich. Zunächst müsse jedoch das Ergebnis der neuen deutsch-französischen Fühlungnahme abgewartet werden.

Ueber die weitere Entwicklung der Dinge äußert sich die Londoner „Times“ in einem Leitartikel, in dem das Blatt ausführt:

„Es ist klar, daß Laval den kühnen Versuch machen wird, das Problem der deutsch-französischen Beziehungen zu lösen. Nach seinem Besuch in Washington weiß er, daß er freie Hand hat. Laval ist im Begriffe, den Versuch zu machen, ein dauerndes Abkommen mit Deutschland auf der Grundlage der bestehenden Verträge von Versailles und vom Haag zu erreichen. Hierbei will er, wie er angestimmt hat, der jetzigen Wirtschaftskrise angemessene Berücksichtigung zuteil werden lassen. Er weiß, daß Deutschland im Juli nächsten Jahres bestimmt nicht in der Lage sein wird, die suspendierten Reparationszahlungen in ihrer Gesamtheit wieder aufzunehmen. Doch selbst, wenn Deutschland dazu fähig wäre, würde dies die Lage des Geldmarktes noch mehr in Unordnung bringen.“

Aber hier muß man die Auslassung der „Times“ bereits unterbrechen. Wie kann von einem kühnen Versuch gesprochen werden, wenn es sich um ein Abkommen auf der Grundlage der bestehenden Zwangsverträge handelt? Sind es nicht gerade die Verträge von Versailles und vom Haag — die eben gar keine Verträge, sondern brutale Diktate sind —, die einem dauerhaften Abkommen entgegenstehen? Und daher wird es einen deutsch-französischen Ausgleich und damit ein Wiederaufleben der europäischen Staats- und Wirtschaftswelt erst dann geben, wenn die Staatsmänner den Weg freimachen, für die Ueberwindung der alten Verträge!

Wenn daran zunächst nicht gedacht wird, dann sind eben auch der Auswirkung der französisch-amerikanischen Aussprache enge Grenzen gezogen. Daß Deutschland natürlich am 1. Juli 1932 Zahlungen in alter Höhe nicht wird leisten können, ist inzwischen auch in Frankreich kein Geheimnis mehr. Wie man hört, denken die Franzosen daran, den neuen Zahlungsplan im Rahmen der ungeschätzten Annuitäten, deren Höchstgrenze 660 Millionen Mark beträgt, zu halten und den Tribut vornehmlich in Gestalt von Sachlieferungen entgegenzunehmen.

Das ist eine Erleichterung gegenüber dem alten Youngplan, ein höchst bedenklicher Plan aber infolgedessen, als wir es hier mit einem letzten Experiment zu tun haben würden, ob nicht etwa doch noch durch eine bloße Verringerung der Ansprüche die unvermeidliche Streichung der politischen Schulden und Tribute hinausgeschoben werden kann. Sollte es zutreffen, daß Frankreich noch darauf hofft, für dieses „Entgegenkommen“ Zugeständnisse Deutschlands zu erlangen, dann wäre die Welt um ein neues Beispiel für die Verfestigung und Verschärfung der europäischen Krankheit durch Frankreich reicher. Für Deutschland wäre ein solches Kompromiß jedenfalls untragbar!

Offenbar verkennt man das auch in England nicht. So schreibt z. B. „Financial News“:

„Abgesehen davon, daß, wie frühere Erfahrungen lehren, der unter solchen Bedingungen gewährte Beistand Frankreichs nur vorübergehend und unzureichend ist, gibt es tatsächlich überhaupt keine Zugeständnisse mehr, die Dr. Brüning noch machen könnte. Bisher rechtfertigt nichts die Annahme, daß die französische Regierung das deutsche Problem in seiner Gesamtheit in einigermaßen großzügiger Weise zu behandeln gedenkt, und doch ist dies der einzige mögliche Weg. Nur uneingeschränkter Beistand Frankreichs nicht in der einen oder anderen Einzelheit, sondern im Hinblick auf die Wiederherstellung des deutschen Wirtschaftssystems in seiner Gesamtheit kann das Vertrauen wiederherstellen. Ohne Vertrauen wird es keine Erholung geben.“

Man sieht also, daß die Neuordnung der Tribut- und Kreditschuldenfrage uns noch harte Kämpfe bringen wird, wenn sie zu einer Lösung dieser Probleme führen soll.

Die Reichsbank am Ultimo.

Notendeckungsgrenze: 26,9 Prozent.

In der Ultimowochte Oktober hat sich die Kapitalsanlage der Reichsbank nach dem letzten Wochenanweis um 448,7 Millionen auf 4351,9 Millionen Mark erhöht. An Reichsbanknoten und Rentenbankscheinen sind 383,8 Millionen Mark in den Verkehr abgesetzt. Die Bestände an Gold und deckungsfähigen Devisen haben sich um 12,2 Millionen auf 1275,3 Millionen Mark vermindert. Die Deckung der Noten durch Gold und deckungsfähige Devisen beträgt 26,9 Prozent gegen 29,4 Prozent in der Vorwoche.

Versammlungsverbot in Kraft.

Runderlaß des preussischen Innenministers über die Handhabung des Verbots.

— Berlin, 4. November.

Das vom preussischen Innenminister erlassene Verbot aller Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel ist bereits in Kraft getreten. Die Verordnung bestimmt auf Grund des Artikels 123, Absatz 2, der Reichsverfassung, daß Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel wegen unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit in Preußen bis auf weiteres verboten werden. Dieses Verbot bezieht sich jedoch nicht auf gewöhnliche Zeichenbegünstigungen, auf die hergebrachten Züge von Schützengesellschaften, kirchliche Pro-

